

Einbrecherbanden auf Deutschlandtour

Warum sie es so einfach haben.

Die Story im Ersten, 09.12.2016 ^[1]

Die gliedernden Zwischentitel, Anmerkungen in [...] und die Quellen und Bemerkungen habe ich zugefügt. Der Text entspricht fast genau dem, was im Video gesprochen wurde.

Wenn es dunkel wird

Dann kommen sie. Einbrecher wissen genau, wo es etwas zu holen gibt. Sie suchen vor allem nach Schmuck und Bargeld.

Im Nordosten von Hamburg patrouilliert die Polizei kurz nach Mitternacht durch einen Stadtteil, in dem in den vergangenen Wochen Einbrecher immer wieder zugeschlagen haben. Sie nehmen verdächtige Männer fest. Es sind litauische Staatsbürger. Beide sassen schon einmal wegen Einbruchs im Gefängnis. Sie kommen in die Arrestzelle. In einem ihrer Rucksäcke finden die Beamten typisches Einbrecher-Werkzeug: Akkuschauber, Handschuhe, Schraubendreher, Seitenschneider. Das Muster der Schuhsohlen wird gesichert, denn noch können die Beamten keinen Einbruch nachweisen. Dafür bleiben ihnen auch nur wenige Stunden.

Die Gegend, in der die Litauer aufgegriffen wurden, wird abgesucht. Die Beamten finden nichts und müssen die beiden Verdächtigen wieder freilassen.

Die Polizei nimmt Stellung ^[2]

Das ist nicht befriedigend. Wir sind verpflichtet, diesen Personen vor Gericht verwertbare Beweise für Straftaten nachzuweisen. Das dauert normalerweise lange Zeit. ^[3]

Entschuldigungen

Interview mit einem der Verdächtigen:

- Sie hatten einige Werkzeuge bei sich. Wozu brauchten Sie diese?
- Ich hab diese Rucksack gefunde.
- Sie sassen schon einmal wegen Einbruchs im Gefängnis und werden nun mit einem Rucksack voller Einbruchswerkzeuge angetroffen. Ist das nicht komisch?
- Das is Zufall, yes.

Ein bisschen Statistik

Die Zahl der Einbrüche in Wohnhäuser stieg in Deutschland von etwa 80'000 im Jahre 2006 auf fast 170'000 im Jahre 2015. ^[4] In einem einzigen Jahre können aber nur etwa 17'000 bis 18'000 Täter ermittelt werden. Der Anteil der Ausländer stieg von 19% im Jahre 2008 auf 40% im Jahre 2015.

Laut den Behörden sind reisende Tätergruppen aus Osteuropa im Vormarsch.

Schema F in Hamburg

Im Jahre 2015 stiegen die Einbrüche in Wohnungen um 20%. Von 9'000 Fällen konnten nur 8% aufgeklärt werden. Der Unmut in der Bevölkerung ist gross.

Ein Rentner in Hamburg brachte seine Frau zur Bushaltestelle. In dieser kurzen Zeit drangen die Täter in sein Haus ein. Die Polizei fand keine verwertbaren Spuren.

"Das verläuft nach Schema F. Es wird ein Formular ausgefüllt. Das schickt man an die Staatsanwaltschaft. Nach sechs Wochen schreibt sie mir, das Verfahren sei eingestellt worden."

Geringes Engagement

Auch in Hamburg wurden Ermittlungen wegen Einbruchs lange nur mit vergleichsweise geringem Aufwand betrieben. Nun wurde eine Sonderkommission ins Leben gerufen, die möglichst viele Taten aufklären soll. Eine SoKo in Kassel befasst sich mit reisenden Tätergruppen aus Osteuropa. Ihre Chefin, Alexandra Klein weiss, dass sie dabei sehr schnell sein muss.

Die "Katze"

So wird er von der Polizei genannt. Der Albaner übersteigt Zäune und Balkongeländer. Allein in Hamburg gehen vermutlich 64 Einbrüche auf sein Konto. Er bohrt Löcher in Fenster- und Türrahmen und öffnet sie mit einem Drahte, sogar dann, wenn die Bewohner daheim sind und schlafen. Bleda G. fühlt sich sehr sicher und veröffentlicht Fotos, die ihn in den aufgebrochenen Wohnungen zeigen.

Pjeter L.

Es ist der Polizei gelungen, seinen Reiseweg zu ermitteln. Aus Puka, seinem Heimatdorf in den albanischen Bergen, begibt er sich nach Italien. Dort, in Mailand, besorgt er sich einen gefälschten Pass. [Nation ist nicht ersichtlich.] In Luxemburg und Hamburg räumt er mehrere Wohnungen aus [Geld oder Schmuck]. Er hinterlässt Blutspuren mit seiner DNA. Er kann geschnappt und in erster Instanz zu vier Jahren verurteilt werden. Er hatte Komplizen, die er aber nicht preisgibt.

Georgier

Sie haben einen eigenen Dreh gefunden. Sie reisen als Asylbewerber nach Deutschland und nutzen [vertreiben sich]

die Zeit, in der ihr Antrag geprüft wird, für Einbrüche.

"Wir hatten in den letzten sechs Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der Fallzahlen und der ausländischen Tatverdächtigen um insgesamt 85%. Das ist ein starker Indikator dafür, dass wir es mit mobilen, mit reisenden Tätern zu tun haben."

"Wir haben exorbitante Zuwachsraten bei Einbruchskriminalität. Gleichzeitig steigt die Zahl der Asylbewerber. Unsere Hypothese ist, dass das Asylverfahren missbraucht wird, um hier in Deutschland Straftaten zu begehen. Einige Straftäter werden verhaftet. Das hindert die Banden aber nicht im Geringsten daran, ihre Straftaten fortzusetzen." ^[6]
[Die Segnungen von "Schengen" ^[7] für Europa.]

Die Polizei hat zu wenig Mittel

Nach einem Einbruch geht fliehenden Georgiern in einem Tunnel das Benzin ihres Autos aus, ausgerechnet vor mehreren Überwachungskameras. Wahrscheinlich rechnen sie mit dem Eintreffen der Polizei. Wohin mit dem Rucksack voller Diebesgut? Einer versteckt die Beute in einem Notrufhäuschen. Dabei löst er aus Versehen einen Alarm aus. Doch die Polizei kommt nicht. Die Ganoven schieben den VW Polo kurzerhand aus dem Tunnel. Der Rucksack mit dem Diebesgut wird wieder aus dem Notrufhäuschen geholt. Wieder wird der Alarm ausgelöst; aber die Polizei kommt auch dieses Mal nicht. Draussen vor dem Tunnel stellen die Georgier das Auto zu Seite und rennen weg. [Weshalb wusste man, um wen es sich handelte?] Zu diesem Zeitpunkt wurde die Gruppe schon seit mehreren Wochen observiert. Die Namen der Bandenmitglieder waren bekannt: Nikoloz B., Irakli K., Giorgi L., Barka L. und Shalva O.

Die Polizei hatte den Verdacht, die "Tunnel-Bande von Bruchsal" nutzte die Infrastruktur für Flüchtlinge aus, um Einbrüche zu begehen.

Die "Tunnel-Bande" benutzt ihren VW Polo auch nach der Panne. Sie gerät mehrfach in Strassenkontrollen. Obwohl die Polizei im Wagen das typische Einbrecher-Werkzeug findet, reichen die Beweise nicht aus [um die Personen zu verhaften].

Zwei Tage später [wahrscheinlich nach der Episode im Tunnel] werden zwei der Bandenmitglieder bei Stuttgart angehalten. Im VW Polo findet die Polizei das gleiche Schraubendreher-Set wie bei der ersten Kontrolle. Dieses Mal lässt sich das im Wagen gefundene Diebesgut einem Einbruch zuordnen. Die Beamten finden Bargeld, Schmuck und Uhren. Die beiden Georgier (und eine Frau) werden festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt. Der Kopf der Bande, Giorgi L., sass nicht im Auto. Die Beamten befürchten, dass Giorgi L. jetzt flieht. Ihren Haftantrag lehnt die Staatsanwaltschaft Baden-Baden mit der folgenden Begründung ab (sinngemäss zitiert):

"Der Beschuldigte hat mit seiner Meldeadresse im Asylbewerberheim einen festen Wohnsitz. Es ist nicht ersichtlich, dass er Vorbereitungen zur Flucht getroffen hat."

Kriminalkommissar Heinz Lauber von Bruchsal: "Manchmal verliert man den Glauben an seinen Beruf [wahrscheinlich eher an das Rechtssystem der Nation] und ist frustriert. Die Georgier haben jeden oder jeden zweiten Tag in einer anderen Asylunterkunft geschlafen. Sie sind nie greifbar, wenn man sie vorladen will. Sie reisen aus und kommen wieder herein."

Baden-Württemberg

Im Jahre 2014 nahmen Einbrüche in Wohnungen zu. Spuren führten in mehreren Fällen direkt in die Asylbewerberheime in der Region. Kriminalkommissar Heinz Lauber leitete die Ermittlungsgruppe "Eigentum". Seine Beamten legten eine Bandenstruktur offen, wie sie auch in anderen Gegenden der Bundesrepublik Deutschland sichtbar ist.

Vom Postamt in der Nähe der Unterkunft für Asylbewerber verschickten Georgier auffällig häufig Pakete in ihre Heimat und zwar alle an die gleiche Adresse. Die Polizei liess die Pakete röntgen. Darin befanden sich Bargeld, Schmuck, Uhren, Handys. Eine Asylbewerber-Unterkunft wurde durchsucht. Es fand sich weiteres Diebesgut im Werte von mehreren tausend Euro.

Lauber: "In den Zimmern mit Georgiern gab es viele Wechsel. Leute verschwanden und andere tauchten auf. Das macht es für die Polizei sehr schwierig."

Hauptverhandlung

Im Amtsgericht Rastatt findet die Hauptverhandlung gegen den Chef der "Tunnelbande" statt. Auch Heinz Lauber ist dabei. Er fragt sich, ob der Georgier kommen werde.

Der Richter hat den Angeklagten Giorgi L. vorgeladen. Er bringt einen Berg Ermittlungsakten mit, die in Monate langen verdeckten Observationen und in aufwendigen Spurensicherungen aufgehäuft wurden. Zum Beispiel wurden an einem Tatort Giorgis Fingerabdrücke an einem Fenster gefunden. Die Geschädigten sind auch da; sie sollen als Zeugen aussagen. Der Staatsanwalt sitzt ebenfalls im Raume. Seine Behörde hatte den Haftbefehl abgelehnt.

Dort, wo normalerweise der Angeklagte sitzt, steht ein leerer Stuhl. Der Georgier ist der Vorladung nicht gefolgt.

Der Reporter befragt den Staatsanwalt, Matthias Apfel:

- War es ein Fehler, den Angeklagten nicht in Untersuchungshaft genommen zu haben?

- Das Problem ist, dass eine Untersuchungshaft nur unter engen Voraussetzungen möglich ist. Eine davon ist, dass Fluchtgefahr besteht. Die konnte nicht angenommen werden, weil der Wohnsitz des Mannes bekannt und nicht anzunehmen war, dass er flieht. [Kann man nicht fliehen, wenn man einen bekannten Wohnsitz hat?]

[Ich verurteile diesen Staatsanwalt nicht. Das System stinkt vom Kopfe her. Wenn das Staatsoberhaupt, die Bundeskanzlerin, Recht und Ordnung missachtet, wankt der Staat in seinen Grundfesten. ^[9]

Der Richter bittet das Gericht, zehn Minuten zu warten; vielleicht suche der Beschuldigte nur den richtigen Sitzungssaal... Die Dolmetscherin, Manana Kühnl, wundert sich allerdings nicht.

"Ich habe in den 17 Jahren meiner Tätigkeit noch nie erlebt, dass ein Georgier oder eine Georgierin freiwillig zu einer Verhandlung erschienen ist."

[Die Leute warten, drehen Daumen, spielen mit dem Kugelschreiber.]

Der Georgier taucht nicht auf. Er bekommt einen Strafbefehl zugeschickt. Der Richter, Christoph Schaust, hat den Eindruck, alles sei gut gelaufen: "Der Angeklagte hat einen festen Wohnsitz..."

Die Geschädigten ziehen ab. Der Familienschmuck ist weg, der mutmassliche Täter auch. Sie wollen nicht sagen, was sie jetzt denken.

Heinz Lauber ringt nach Fassung: "Das ist ein Signal an alle georgischen Wohnungseinbrecher: Kommt nach Deutschland. Hier könnt ihr einen Einbruch verüben und einen Fingerabdruck zurück lassen; aber es wird euch gar nichts passieren."

[Darf ich mich als Schweizer darüber lustig machen? Eigentlich nicht, denn auch unsere Mächtigen gelüftet es, Gesetz und Ordnung zu umgehen. Allerdings haben sie es viel schwerer damit, denn unsere direkte Demokratie schränkt ihre Macht ziemlich ein. Zum Beispiel gibt es bei uns nicht nur eine einzige Kanzlerin, sondern gleich sieben Stück davon, die sich gegenseitig im Zaume halten. Das Rezept heisst: Macht aufteilen, sie sich nicht aufhäufen lassen.]

Reaktionen

Solche Erfahrungen haben dazu geführt, dass in Deutschland Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter bei Wohnungseinbruch enger zusammenarbeiten. In Hamburg wurde die bundesweit erste Staatsanwaltschaft für Einbruchsdelikte gegründet. Immer mehr Richter bemerken, dass durch eine zu nachsichtige Haltung gegenüber Einbrechern ein wichtiges Rechtsgut auf dem Spiele steht: Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger.

Sven Rebehn vom deutschen Richterbund hält nichts vom jüngsten Vorschlag der Bundesregierung, die Mindeststrafe für Einbruch zu erhöhen. ^[10] "Das ist Symbolpolitik, etwas, was man gerne macht, um die Bevölkerung zu beruhigen. Das wird allerdings keinen Einbrecher dieser Welt beeindrucken. Das Einzige, was ihn beeindruckt, ist, dass er geschnappt wird. Die Mindeststrafe hinauf zu setzen ist schnell gemacht, es kostet nichts, soll beruhigen, ist aber wirkungslos."

Der Fall Sonia K.

Er zeigt, wie wenig Behörden manchmal über Serientäter wissen. Die Roma kam aus Turin in die Schweiz. [Nähere Umstände sind nicht bekannt.] Sie verübte einen Einbruch. In Kehl (Deutschland) und Frankfurt [am Main] folgten weitere Straftaten. In Hamburg wurde sie, zusammen mit einer Komplizin, festgenommen. Sie gaben ihr Alter mit 13 und 14 Jahren an. Alexander Ulmer vom gemeinsamen Zentrum für deutsch-französische Polizeizusammenarbeit: „Sie wissen, dass das deutsche Jugendstrafrecht mit 14 Jahren beginnt. Deshalb geben sie sich oft für jünger aus. Der Nachweis, dass sie älter sind, ist oft sehr schwer; und wenn er nicht möglich ist, dann greift das Strafgesetz nicht."

Ein Anwalt, Joachim Lederle, kennt sich mit den Romas aus, die sich im deutsch-französischen Grenzgebiet aufhalten. Die meisten sind ehrlich. Ihre Kinder gehen zur Schule. Sie leiden aber unter den kriminellen Tätigkeiten einiger weniger Grossfamilien.

Die Mädchen werden häufig schon mit 13 Jahren verheiratet. Dann werden sie auf Einbruchstouren geschickt, vor allem dann, wenn für sie ein hohes Brautgeld bezahlt wurde, das sie wieder herbei schaffen müssen.

Seine Meinung über die beiden jungen Frauen, die in Hamburg festgenommen wurden: "Für sie ist es das Tollste, was ihnen passieren kann. Manche legen es darauf an, in Haft zu kommen." Er vertrat eines der beiden angeblichen Mädchen und hält es für gut, dass ein klares Signal gesetzt wird: Auf die Tat folgt die Strafe.

In einem Interview leugnet Sonia K. zuerst, dass ihre Familie sie auf Einbruchstour geschickt hat, gibt es dann aber zu und wünscht sich, aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen.

Schlechte Vernetzung

Die Polizei jeden Landes [in Deutschland] benutzt eine eigene Computer-Software. Zum Beispiel tauchen in Hamburg erfasste Daten zu einem Kriminellen in anderen Bundesländern nicht automatisch auf. Nur wenige haben die vom BKA bereitgestellte Schnittstelle aktiviert. Die anderen verzichteten, häufig aus Kostengründen.

Auf einem Treffen der Innenminister von Deutschland, Belgien und den Niederlanden zum Thema "Wohnungseinbruch" im Aachener Rathaus wurde versichert, bis 2020 sei die gemeinsam benutzbaren Software geschaffen und ermögliche eine Zusammenarbeit.

Die Ermittler sind weniger optimistisch

Der Fall Benjamin B. zeigt, welche Ansätze bei einer Strafverfolgung erfolgreich sind, wie aber die Politiker die Jagd nach Einbrechern erschweren.

Im Walzbachtal in Baden-Württemberg kommt es immer wieder zu Einbrüchen in Wohnungen. Heinz Lauber und seine Kollegen versuchen, ein Muster zu erkennen. Es gibt Zeugenaussagen. An einem Tatort wurde ein Rollstuhlfahrer gesehen. Auswertungen von Mobilfunkdaten ergeben, dass er auch an fünf anderen Tatorten gewesen ist. Für den Kommissar ist klar, dass er es hier mit einem Verdächtigen zu tun hat. Sie finden heraus, dass im Jahre 2012 in Gladbach ein aus Montenegro stammender Einbrecher von einem Balkon stürzte und sich das Rückgrat brach. Die Staatsanwältin befand, der Mann sei damit genug gestraft und stellte das Verfahren ein. Benjamin B. wurde nicht abgeschoben und setzte, was niemand für möglich hielt, seine Karriere im Rollstuhl fort. Er sitzt Schmiere, während ein Komplize den Einbruch verübt. Sie werden in Baden-Baden auf frischer Tat ertappt und festgenommen. Sie haben das Diebesgut bei sich. Die Beweislage ist eindeutig. Sie werden zu fünf und vier Jahren [Haft?] verurteilt. Die Mobilfunkdaten führten die Ermittler auf die Spur von Benjamin B. Heute würde das nicht mehr gehen, denn neuerdings dürfen solche Daten nur noch höchstens vier Wochen lang gespeichert werden.

Heinz Lauber: "Damit werden wir in die ermittlungstechnische Steinzeit zurück geworfen. Die Kriminellen bedienen sich der neusten technischen Errungenschaften und uns werden sie vorenthalten."

Diese extrem kurze Dauer der Vorratsdatenspeicherung geht auf den Innenminister de Mazière und den Justizminister Maas zurück. Datenschutz gehe vor Strafverfolgung. Richter und Staatsanwälte allerdings verstehen das bis heute nicht. De Mazière begründet den Entscheid damit, dass Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs zu beachten seien.

Sven Rebehn vom deutschen Richterbund lacht kurz auf und ist der Meinung, dass mit diesen kurzen Speicherfristen und dem engen Straftatenkatalog weite Bereiche der Kriminalität nicht effizient bekämpft werden können. Beim Delikt "Schwerer Bandendiebstahl" müssen Netzwerke gefunden werden, was man in nur vier Wochen nicht schaffen kann. De Mazière wollte noch einmal über die Regelung nachdenken. Die Wahlen standen vor der Türe... [Wie es jetzt aussieht, werde ich vielleicht heraus zu finden versuchen.]

Diebesrouten

Einbrecher suchen häufig Häuser in der Nähe grosser Verkehrsadern auf. Der kleine Ort Neschen liegt in Rheinland-Pfalz, direkt an der Autobahn A3 zwischen Köln und Koblenz. Oberhalb der Siedlung befindet sich eine Autobahn-Raststätte. Die Häuser der Einwohner liegen davon nur wenige Meter entfernt, und in beinahe jedes wurde schon eingebrochen. Eine Frau hat sich, wie andere auch, bewaffnet. Die bei der Polizei Abgestellte weiss zwar, dass Selbstjustiz keine Lösung sein kann. Doch seitdem Erbstücke gestohlen wurden, hat sie ihre Einstellung dazu geändert. Neben ihrem Bette liegt ein Baseball-Schläger. Sie weiss zwar nicht, was genau geschehen könnte, wenn ein Einbrecher vor ihr stehen würde. Aber "er müsste sich warm anziehen". Nach zwei Einbrüchen hat Frau Marga Stümper Fenster und Türen vergittert.

Im Stiche gelassen

Die Einbrüche verunsichern die Bürger. Sie fühlen sich im Stiche gelassen. Die Neschener sind in ihrer Not zusammen gerückt. Sie verlangen, dass ihr Dorf wieder sicher wird. Andere erwarten vom Staate mehr Entschlossenheit, und andere erwarten schon lange nichts mehr.

Quellen und Bemerkungen

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=U5qYgiraYJQ>

[2] Thomas Westphal, Polizei Hamburg

[3] Der Festgenommene muss unverzüglich, spätestens bis zum Ablauf des folgenden Tages, dem Haftrichter am zuständigen Amtsgericht zugeführt werden. (Wikipedia zu "Festnahme", Deutschland)

[4] 31.10.2018

Trotz seiner zentralen Lage zwischen West und Ost gibt es hierzulande weit weniger Einbrüche als in anderen wirtschaftsstarke Ländern Europas. Mit 184 erfassten Einbrüchen auf 100.000 Einwohner stand die Bundesrepublik im jüngsten Ländervergleich von Eurostat besser da als etwa Spitzenreiter Dänemark (778 Fälle), Schweden (429), Luxemburg (368), Frankreich (361) oder die Schweiz (313).

<https://orange.handelsblatt.com/artikel/51178>

[5] Holger Münch, Bundeskriminalamt in Wiesbaden

[6] Bundeskriminalamt in Wiesbaden

[7] Die Schengener Abkommen sind internationale Übereinkommen insbesondere zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten. Dies sind im Kern die Mitglieder der Europäischen Union abzüglich Großbritanniens, aber zuzüglich Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins. (Wikipedia)^[8]

[8] Wikipedia darf mit der nötigen Vorsicht zitiert werden, vor allem dann, wenn es nicht parteiisch Stellung nimmt. Seine verschwörungstechnischen Ansichten sind allerdings unbrauchbar.

[9] "Wir haben bei der Bundesanwaltschaft nachgefragt. Die Pressestelle hat uns per Email bestätigt: Es gab seit 2015 mehr als 1000 Anzeigen gegen Angela Merkel, die hätten sich aber alle „haltlos“ erwiesen."

<https://correctiv.org/fakten-check/2018/12/17/ja-seit-2015-hat-die-bundesanwaltschaft-mehr-als-1000-strafanzeigen-gegen-angela-merkel-abgewiesen>

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen.

<https://www.radio7.de/zuhaus/mehr-als-1000-strafanzeigen-gegen-merkel-wegen-hochverrats>

Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider hat bereits gegen den Lissabon-Vertrag, den Euro und das Transplantationsgesetz geklagt. Er gilt als konservativer Vordenker der Rechten. Nun hat er in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel eingelegt.

https://www.deutschlandfunk.de/verfassungsbeschwerde-staatsrechtler-klagt-gegen.1769.de.html?dram:article_id=344610

[10] Darüber muss sogar ich, ein juristischer Laie, lachen. Was nützt es, die Strafe für Täter zu erhöhen, die man ohnehin nicht schnappen darf, weil sie "Migranten sind, die Gold bringen"?

"Was die Flüchtlinge uns bringen, ist wertvoller als Gold", sagte Martin Schulz.

https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel.-Heidelberg-Was-die-Fluechtlinge-uns-bringen-ist-wertvoller-als-Gold-_arid,198565.html

Wie es aussieht, bringen sie es nicht nur, sondern klauen es auch.